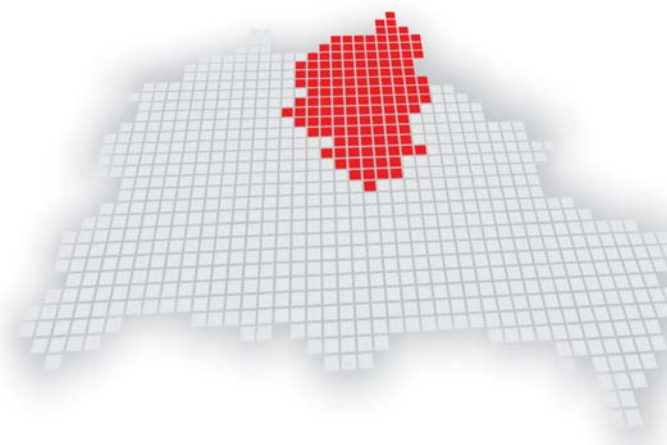


PANKOWER STIMME



INVESTITION IN
BILDUNG

Pankower Schülerinnen
und Schüler profitieren

SEITE 8

WISSENSWERTES AUS BERLIN UND PANKOW · IN ZUSAMMENARBEIT MIT DEM BERLINER STADTBLATT · MAI 2019

EIN SOZIALES EUROPA –
FÜR ALLE



Foto: Carolin Weinkopf

Liebe Leserinnen
und Leser!

„Europa. Jetzt aber richtig!“ Unter diesem Motto sind wir gemeinsam mit den Gewerkschaften am 1. Mai auf die Straße gegangen. Und ja, es wird Zeit, dass wir für unser Europa einstehen. Für ein Europa, das verbindet statt trennt, das schützt statt ausbeutet, das Chancen bietet statt Hindernisse aufzubauen. Dieses soziale, solidarische und gerechte Europa zu verteidigen und zu stärken ist unsere Aufgabe.

Europa muss ein Garant für gute ArbeitnehmerInnen-Rechte sein. Jeder muss in Europa von seiner Arbeit leben können, egal ob jung oder alt, egal ob er in Polen lebt oder in Deutschland. Deswegen stehen wir Seit' an Seit' mit den Gewerkschaften, die sich dafür einsetzen, dass das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ europaweit für alle Branchen umgesetzt wird. Grenzüberschreitendes Lohn- und Sozialdumping muss geahndet und bestraft werden und Mitbestimmung muss als ein soziales Grundrecht in Europa gestärkt werden.

Für uns ist klar: Menschen stehen vor Märkten. Deswegen: Am 26. Mai bei der Europawahl SPD wählen!

Ihr
Michael Müller
Regierender Bürgermeister



Durch Neubau schaffen die kommunalen Wohnungsunternehmen neuen Wohnraum in der Stadt, wie hier die landeseigene GESOBAU in der Rolandstraße in Niederschönhausen. Foto: Jens Peter Franke

IN DIESER AUSGABE

„EU: ÖKOLOGISCH UND SOZIAL“
Berlins SPD-Spitzenkandidatin
Gaby Bischoff im Interview
SEITE 3

EUROPA IST DIE ANTWORT
Die wichtigsten Ziele
im SPD-Programm SEITE 4

ERFRISCHEND EUROPÄISCH
SPD-Spitzenkandidatin
Katarina Barley „lebt“ Europa
SEITE 5

GUTE ARBEIT
SPD schafft Fakten: Mehr
Sicherheit und Planbarkeit
SEITE 8

CITY-MAUT FÜR BERLIN?
Verkehrspolitik
muss gerecht sein
SEITE 8

Raus aus der Mieten-Misere

Wir benötigen umfassende Reformen des Miet-, Bau- und Planungsrechts

Eine bezahlbare Wohnung zu finden wird immer schwieriger. Die Gefahr steigt, aus dem gewohnten Umfeld, dem liebgewonnenen Kiez, verdrängt zu werden. Wir dürfen das Menschenrecht auf Wohnen nicht einem Markt überlassen, der für soziale Belange blind ist. Damit die Lage nicht weiter eskaliert, müssen wir Bestandsmieten sichern, neu bauen und unser Bau- und Planungsrecht grundlegend überarbeiten.

Einiges haben wir auf Bundesebene bereits geschafft: Mit der Änderung des Mietrechts können die Kosten von Modernisierungen nur noch stark begrenzt auf die Miete umgelegt werden. Wir haben die Modernisierungumlage von elf auf acht Prozent gesenkt. Gleichzeitig haben wir festgelegt, dass die Mieten nach einer Modernisierung in sechs Jahren um maximal drei Euro pro Quadratmeter steigen dürfen.

Lag die Miete zuvor bei weniger als sieben Euro, darf sie sogar nur um zwei Euro angehoben werden.

Außerdem schränkt „soziale Härte“ Mieterhöhungen bei Modernisierungen ein. Stellt die angekündigte Miethöhe eine solche Härte dar, muss der Mieter dies binnen Monatsfrist mitteilen. Überhöhte Modernisierungsankündigungen mit dem Ziel des Entmietens werden künftig mit 100.000 Euro Bußgeld belegt. Damit haben wir Luxus-sanierungen gestoppt!

Mit der Verschärfung der Mietpreisbremse müssen Vermieter seit 1.1.2019 die Vormiete ungefragt offenlegen, wenn sie die ortsüblichen Vergleichsmiete um mehr als zehn Prozent überschreiten wollen. Ohne Begründung ist eine solche Überschreitung unwirksam.

Um den Neubau bezahlbarer Wohnungen voranzutreiben, wurde durch eine Grundgesetzänderung

beschlossen, dass die Länder auch nach dem Jahr 2021 Zuschüsse für den sozialen Wohnungsbau vom Bund erhalten. Darüber hinaus wurde die Liegenschaftspolitik der bundeseigenen Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) entscheidend verändert: Kommunen haben für alle von der BImA zu veräußernden Grundstücke ein Erstzugriffsrecht. Dadurch können bundeseigene Grundstücke als Bauland an städtische Wohnungsgesellschaften und auch an Genossenschaften weitergegeben werden, die bezahlbaren Wohnraum schaffen.

Ab 2020 wird das Wohngeld erhöht. Auf dem Wohnungsgipfel der Bundesregierung wurden zudem schärfere Regeln für die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen beschlossen. Für uns als SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag gilt es nun, dran zu bleiben und für die Umsetzung zu kämpfen.

Diese Maßnahmen sind wichtig. Um dauerhaft lebenswerte, durchmischte Kieze und bezahlbare Mieten in Berlin zu erhalten, brauchen wir aber weiterreichende Reformen. Neben einem klaren Schutz der Mieterinnen und Mieter vor willkürlichen Eigenbedarfskündigungen von Vermietern benötigen wir eine Neuausrichtung des Bau- und Planungsrechtes. Die Wohnung einer Erzieherin und ihrer Familie hat mit einem Luxusloft, das zwei Wochen im Jahr genutzt wird, nichts zu tun. Das Bau- und Planungsrecht kennt aber keine Unterschiede. Wir brauchen hier dringend eine klare Definition von „Wohnen“. Ziel muss es sein, dass bei jedem größeren Bauprojekt 20 Prozent Sozialwohnungen und 20 Prozent bezahlbare Mietwohnungen entstehen. Das wollen wir durchsetzen.

Klaus Mindrup, Mitglied des Deutschen Bundestages

Martin Schulz kommt ins Planetarium

Der große Europäer will mit den Menschen aus Pankow ins Gespräch kommen

Europa ist zur Wahl aufgefordert: Wie wollen wir miteinander leben? Welche Visionen haben wir für unseren Kontinent? Und sind wir bereit, Verantwortung für unsere Demokratie und die nachkommenden Generationen zu übernehmen?

Diese Fragen bestätigen das Gefühl, dass es bei dieser Wahl um eine Schicksalswahl geht – und darum, wie wir unser friedliches, geeintes Europa vor den feindlichen Kräften bewahren können, die es zerstören wollen.

Martin Schulz sagt dazu: „Es geht in der aktuellen Situation um nicht weniger als um die Verteidigung des

offenen Gesellschaftsmodells, das unseren ganzen Kontinent prägt. Es geht um das Überleben der freien Demokratie.“

Die SPD Pankow möchte darüber am 14. Mai mit den Menschen aus Pankow ins Gespräch kommen und hat dazu Martin Schulz, den ehemaligen Präsidenten des Europäischen Parlaments, zu einer Diskussionsveranstaltung ins **Zeiss-Großplanetarium (Prenzlauer Allee 80)** eingeladen. Alle Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen. Die SPD Pankow freut sich auf eine interessante Diskussion.

Beginn der Veranstaltung ist um **19.30 Uhr, der Eintritt ist frei.**



Martin Schulz, MdB

Foto: DBT Stella von Saldern

Gebührenfrei – für alle

Die Zukunft gehört den Schülerinnen und Schülern

Die SPD will gute Bildungschancen für alle – egal aus welchem Elternhaus und aus welchem Teil unserer Stadt. Sie hat daher dafür gesorgt, dass Bildung gebührenfrei ist.

Zudem hat die SPD Berlin dafür gesorgt, dass ab August 2019 das Schulesen an Grundschulen und das Schülerticket für Busse und Bahnen kostenlos werden. Auch das Büchergeld für die Klassen 1 bis 6 wurde abgeschafft.

So entlasten wir eine Familie mit zwei Grundschulkindern um 120 Euro pro Monat. Das sind 1.440 Euro im Jahr, die Familien mehr in der Tasche haben.

Ab Juli 2019 verbessern wir den Kinderzuschlag. Zudem wird die Unterstützung für den Schulbedarf von 100 auf 150 Euro erhöht. Zuschüsse für die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft, wie z. B. Sport, Spiel und Kultur, steigen auf 15 Euro monatlich.

Zu guter Bildung für alle gehört für die SPD auch eine gute Bezahlung für die Menschen, die für die Bildung der Kinder verantwortlich sind. Kita-Erzieherinnen und -Erzieher in Berlin erhalten in Zukunft genauso viel Geld wie in Brandenburg, also bis zu 580 Euro mehr im Monat.

KURZ NOTIERT

SPIELPLÄTZE & BÄDER

Die alte Sparpolitik führte dazu, dass der Zustand vieler Spielplätze und Schwimmbäder in Pankow Mängel aufweist. Die SPD hat verstanden, dass dringend wieder in unsere öffentliche Infrastruktur investiert werden muss – und das tut die SPD jetzt.

Das Geld dafür ist da. In den kommenden Jahren werden Spielplätze, Schwimmbäder und Parks wieder auf Vordermann gebracht. Damit wird die SPD die Lebensqualität in Pankow weiter verbessern.

Erste Erfolge sind erkennbar: Das Schwimmbad in der Thomas-Mann-Straße ist fertig, die Schwimmhalle Buch befindet sich in der Sanierung und in der Wolfshagener Straße entsteht ein modernes Multifunktionsbad.

DAS GRÜN ERHALTEN

Das Grün der Stadt zu erhalten, wird immer wichtiger, denn in einer wachsenden Stadt wie Berlin sind Parks als Orte der Naherholung von zentraler Bedeutung. Doch hier fällt auch mehr Müll an.

Die SPD geht das Problem konsequent an. Mit dem von der SPD organisierten Geld hat das Pankower Ordnungsamt neues Personal eingestellt und es werden mehr Kontrollen durchgeführt. Zudem hat die SPD durchgesetzt, dass die Parks in Pankow zukünftig von der BSR gereinigt werden. Erste Erfolge sind bereits sichtbar, die Sauberkeit ist wahrnehmbar gestiegen.

VOLLE KRAFT VORAUSS

Das Stromnetz gehört in die öffentliche Hand. Deshalb rekommunalisieren wir das Stromnetz.

Der Senat hat „Berlin Energie“ Anfang 2019 den Zuschlag erteilt. Mit den Berliner Stadtwerken haben wir 2015 einen eigenen kommunalen Energieversorger ins Leben gerufen. Mit diesem Landesunternehmen versorgen wir Berliner Haushalte mit grünem Strom. Außerdem unterstützen die Stadtwerke das Land Berlin dabei, seine Klimaziele zu erreichen. Die Erfolgsgeschichte der kommunalen Stadtwerke schreiben wir in Berlin fort.

Berlin investiert in Bildung

Davon profitieren auch die Schülerinnen und Schüler und ihre Eltern in Pankow

Gute Nachrichten für die Pankower Schülerinnen und Schüler: Der SPD-geführte Berliner Senat investiert in den kommenden Jahren kräftig in die Berliner Schulen. Mit einer Schulbauoffensive werden bis Ende 2026 mindestens 5,5 Milliarden Euro investiert, um neue Schulen zu bauen, bestehende Schulen zu erweitern und große Sanierungsmaßnahmen durchzuführen.

Zeitgleich werden die Bezirke zahlreiche Maßnahmen im Rahmen der baulichen Unterhaltung realisieren. Auch Turnhallen sollen in diesem Zuge im großen Umfang saniert und neu gebaut werden. In Pankow entstehen so neue Lernumgebungen für viele Schülerinnen und Schüler sowie neue Sportflächen, die an den Nachmittagen und Abenden auch von den Pankower Sportvereinen genutzt werden können.

Die SPD kämpft seit Jahren für gebührenfreie Bildung – von der Kita bis zur Hochschule. So ermöglichen wir allen Kindern und Jugendlichen den Zugang zu Bildung, entlasten gleichzeitig aber auch die Eltern finanziell. Seit diesem Schuljahr gilt in Berlin für alle Schülerinnen und Schüler bis einschließlich der 6. Klasse die Lernmittelfreiheit. Damit entfällt nun erstmalig für alle Eltern in der Stadt die Zahlung eines Eigenanteils an Lernmitteln ihrer Kinder, also zum Beispiel für Schulbücher, Arbeitshefte, Lek-



Die Elizabeth-Shaw-Grundschule in der Pankower Grunowstraße ist im Rahmen der Schulbauoffensive durch Neubau eines Modulare Ergänzungsbaus (MEB) erweitert worden.

Foto: Rolf Henning

türen, Atlanten oder Notenblätter.

Zum 1. August 2018 sind auch die Gebühren für die Betreuung von nach Oktober 2016 geborenen Kindern in der Kita komplett weggefallen. Als erstes Bundesland hat Berlin damit die Gebühren für die Kinderbetreuung bei den noch nicht schulpflichtigen Kindern komplett abgeschafft. Zum Jahresbeginn haben wir zudem damit begonnen, den Hort beitragsfrei zu machen – zunächst für die ersten beiden Jahr-

gänge. Hier haben wir die Bedarfsprüfung abgeschafft. Auch Kinder, deren Eltern nicht berufstätig sind, haben ein Recht auf eine Nachmittagsbetreuung an der Schule.

Mit Beginn des neuen Schuljahres im August wird das Schülerticket komplett gebührenfrei und die Zahlung für das Mittagessen in der Grundschule in Höhe von bis zu 37 Euro pro Kind entfällt. Schon zum August 2018 hatten wir die Gebühren für das Schülerticket für

die Inhaber des „berlinpass“ abgeschafft und das Ticket für die Tarifzonen AB auf 17 Euro im Abo verbilligt.

Es darf nicht sein, dass Kinder ein finanzielles Risiko für ihre Eltern sind – auch nicht für Mittelstandsfamilien. Unter Führung der SPD hat Berlin viele Entlastungen für Familien erwirkt. Den Weg einer gebührenfreien Bildung wollen wir auch in Zukunft weiter gehen.

Dennis Buchner, MDA

Gute Arbeit

SPD schafft Fakten: Mehr Sicherheit und Planbarkeit

Gut funktionierende Bezirke brauchen auch gute Arbeit, gute Arbeitsbedingungen und eine nachhaltige Wirtschaftspolitik. Die SPD Pankow unterstützt die örtlichen Betriebe, Initiativen von lokal ansässigen Unternehmerinnen und Unternehmern sowie unsere großen Industriebetriebe im Bezirk.

Wir sichern gut bezahlte Arbeitsplätze und schaffen Raum für Wachstum. Der Industriepark in Pankow-Wilhelmsruh floriert. Neben ABB, General Electric und Knorr-Bremse ist der Zughersteller Stadler mit 1.300 Beschäftigten einer der

größten Industriearbeitgeber in Berlin. Die Firma Stadler baut die neuen U- und S-Bahn-Züge für Berlin und investiert 70 Millionen Euro in neue Anlagen.

Für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Berlin hat die SPD erhebliche Verbesserungen erreicht. Durch den Tarifabschluss 2019 erhöhen wir die Löhne um 8 Prozent. Hier profitieren auch unsere Lohngruppen. Die SPD schafft die „sachgrundlose Befristung“ im öffentlichen Dienst sowie in landeseigenen Unternehmen ab. So bekommen Menschen berufliche Sicherheit und Planbarkeit im Leben.

Neue Herausforderungen

Die SPD Pankow ruft zum Mitmachen auf

Pankow wächst stark. Jährlich kommen mehr Menschen in unseren Bezirk. Wirtschaft und Einkommen wachsen. Davon sollen alle profitieren!

Das Wachstum bringt aber auch Herausforderungen: Die Mieten steigen, der Verkehr wird dichter, öffentliche Angebote wie Parks und Schwimmbäder werden stärker genutzt und würdige Arbeit ist noch nicht für alle selbstverständlich.

Die SPD nimmt die Herausforderung an: Zum einen müssen alle Menschen vom Wirtschaftswachstum profitieren. Gute Bildung, qualifizierte Arbeitsplätze und gute

Löhne sind für uns sehr wichtig. Zum anderen muss die öffentliche und soziale Infrastruktur mit dem Wachstum Pankows mithalten. Schulen, Kitas, öffentliche Verkehrsmittel, Straßen, Spielplätze, Schwimmbäder, Parks und soziale Beratungsangebote müssen wir ausbauen. Das sind unsere Aufgaben, Ungleichheiten abbauen zu können.

Unser Pankow ist für alle da und niemand darf abgehängt werden. Dafür stehen wir! Machen Sie mit – denn je mehr wir sind, desto mehr können wir umsetzen!

Knut Lambertin, SPD-Kreisvorsitzender

Eine City-Maut für Berlin?

Verkehrspolitik darf nicht zu neuen sozialen Ungerechtigkeiten führen

In vielen Städten und Kommunen gleichen sich die Probleme: Zu viele Autos, Staus in der Innenstadt, hohe Schadstoffemissionen. Um einen drohenden Verkehrskollaps zu vermeiden, verfolgen die Städte unterschiedliche Lösungsansätze. Fahrverbote, ein kostenfreier öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) oder die Einführung einer City-Maut werden diskutiert.

Im Rahmen einer Gesamtstrategie für eine nachhaltige Mobilität kann über eine Maut als Stellschraube nachgedacht werden. Allerdings sind Einzelmaßnahmen aus Sicht der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus nicht zielführend.



Debatte um eine City-Maut: Freie Fahrt in die Innenstadt nur für Wohlhabende?

Foto: Adobe Stock - tommy / DWR

Berlin hat historisch bedingt kein eindeutiges Stadtzentrum, in dem sich der Großteil des Verkehrs konzentriert. Vielmehr sind Kieze und Bezirke unterschiedlich stark belastet. Schon hier zeigt sich, dass eine Maut nicht einfach von einer Stadt auf eine andere übertragen werden kann. Daher sind auch Alternativen zur Eindämmung des privaten Autoverkehrs denkbar. Das wären zum Beispiel eine Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung oder eine flächendeckende Verkehrsberuhigung.

Erfolgreich kann eine Maut nur sein, wenn zu ihrer Einführung insbesondere der öffentliche Personennahverkehr eine Alternative zum

privat genutzten Auto darstellt. Wir brauchen daher in Berlin und Brandenburg massive Investitionen in den Ausbau und in den Erhalt des ÖPNV. Wir müssen ein Angebot auf die Schiene und Straße bringen, das barrierefrei, preiswert und leistungsstark ist. Darüber hinaus bedarf es moderner Fahrzeuge, dichter Taktverkehre und zuverlässiger Anschlüsse.

Keinesfalls darf eine City-Maut zu neuen sozialen Ungerechtigkeiten führen, so dass sich Wohlhabende die Fahrt in die Innenstadt leisten können und der Normalverdiener das Nachsehen hat.

Tino Schopf, MDA